

tergabe von APM ausgearbeitet. Dieses Osloer Dokument wurde am 3. und 4. Dezember 1997 in Ottawa zur Signatur ausgelegt. In Anwesenheit des UNO-Generalsekretärs unterzeichneten nicht weniger als 121 (Länder) die Konvention. Als Gastgeberland setzte Kanada die erste Unterschrift unter das Dokument. Eine Reihe von Großmächten, darunter USA, Rußland und China, schickten zwar Beobachter zu dem Termin, ohne allerdings die Konvention zu unterzeichnen. Zu den Verweigerern gehörten auch die Türkei, Finnland, Kuba und Libyen sowie Indien, Pakistan, Israel, Ägypten, der Iran, der Irak, Nord- und Südkorea sowie Vietnam.

Die Konvention tritt in Kraft, sobald sie von mindestens 40 Staaten ratifiziert worden ist; dieser Prozeß dürfte etwa zwei Jahre dauern.

Die hohe Zahl der Unterzeichner war nicht zuletzt durch die effiziente Durchführung des sogenannten „Ottawa-Prozesses“ begünstigt worden, der von der Ottawa-Konferenz in Gang gesetzt und zusätzlich von der „International Campaign to Ban Landmines“ unterstützt worden war. Die Initiatoren dieser Kampagne waren im Oktober 1996 mit dem Nobelpreis ausgezeichnet worden. Der Prozeß hatte außerdem davon profitiert, daß sich die Prinzessin von Wales, Diana, bis zu ihrem Tod im August 1997 an den Werbekampagnen wirkungsvoll beteiligt hatte.

Zu den Nichtunterzeichnern gehörte, wie gesagt, auch die VR China. Der Sprecher des Außenministeriums, Tang Guoqiang, hatte bereits im April 1996 erklärt, daß die VR China sich formell dazu verpflichtet habe, keine APM zu exportieren, daß sie aber aus Defensivüberlegungen darauf bestehe, weiterhin APM auf ihrem eigenen Gebiet einsetzen zu dürfen. Der einzige Zweck der Verwendung von APM bestehe darin, die Verteidigungsfähigkeit des Landes aufrechtzuerhalten (XNA, 5.12.97). Diese Wortregelung wurde beibehalten.

China dürfte seinen Beschluß nicht zuletzt auch mit Seitenblick auf die USA und Rußland gefaßt haben. Die USA bestehen beispielsweise darauf, daß die Minenfelder in der demilitarisierten Zone zwischen Nord- und Südkorea aufrechterhalten und daß Antipanzerninen durch Antipersonenminen abgesichert bleiben müssen.

Rußland begründet seinen Schritt ähnlich wie China: Es hat zwar den

Export von APM verboten, will die Waffen aber nach wie vor zu Defensivzwecken beibehalten (USA bis 2006). -we-

### 15 VBA-Konzerne in Hongkong

Die als überaus effizient - und abgebrüht - bekannten Militärbetriebe haben mittlerweile die SVR Hongkong als offensichtlich höchst profitablen Markt entdeckt. Bei den Bewegungen in Richtung Hongkong lassen sich allerdings nur die Spitzen des Eisbergs identifizieren. So hat beispielsweise im März 1998 die „Nord-Anhua-Gruppe“, die als Investitionsorgan der paramilitärischen Polizei bekannt ist, ihre Fühler nach Hongkong ausgestreckt, um sich dort an den „Peace-Mark (Holdings)“ zu beteiligen. Eine Kooperation kleineren Ausmaßes zwischen diesen beiden Wirtschaftsunternehmen ist bereits in Form des „Overseas Treasure“-Joint Ventures entstanden, das im Juli 1997 gegründet wurde und sich auf den Handel mit Nahrungsmitteln spezialisiert. „Overseas Treasure“ hat Anfang März eine Filiale in Beijing eröffnet und plant, seine Produktionslinien auf Zigarren, Zigaretten und Rotwein auszuweiten. Bisher handelt Overseas Treasure mit bekannten Marken auf dem Gebiet von Konditoreiwaren, Weinen und Spirituosen. Der Gewinn des Joint Ventures liegt angeblich gegenwärtig bei 35% (!). Innerhalb der nächsten zwölf Monate soll der Umsatz um mindestens 100% gesteigert werden. Unter anderem will Overseas Treasure in China einen größeren Nahrungsmittelverarbeitungsbetrieb errichten (SCMP, 5.3.98).

Ausländer neigen dazu, Verbindungen mit Militärbetrieben wo immer möglich anzustreben, da diese Betriebe mit zu den gewinnträchtigsten in der chinesischen Volkswirtschaft gehören; verfügen sie doch über große Maschinenparks, Grundstücke in bester Lage, Flughäfen und Kommunikationseinrichtungen, wie sie keinem zivilen Konkurrenzbetrieb zur Verfügung stehen, und die übrigens in aller Regel auch bereits vom Steuerzahler vorfinanziert sind.

Bisweilen allerdings erweist sich eine solche Zusammenarbeit als durchaus problematisch. Dies war beispielsweise bei der deutschen Firma Fresenius der Fall, die Anfang März die Nieren-

Dialyse-Kooperation mit einem militärischen Krankenhaus in Guangzhou aufkündigte, weil sie jeden Verdacht von sich fernhalten wollte, am Handel mit Organen beteiligt zu sein, die exekutierten Gefangenen entnommen werden (AWSJ, 9.3.98).

Verdachtsmomente dieser Art sind seit Anfang 1998 als Gerüchte ausgestreut worden - und haben sich für die chinesischen Behörden als äußerst peinlich erwiesen, weshalb es auch immer wieder zu empörten Dementis kommt. -we-

---



---

## Innenpolitik

---



---

### 16 Im Schatten des NVK: Die Tagung der Politischen Konsultativkonferenz

Gleichzeitig mit der Tagung des Nationalen Volkskongresses (NVK) (siehe den Aufsatz „Die neue chinesische Regierung“ in diesem Heft) hielt auch die IX. Nationale Politische Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes (PKKCV) in Beijing ihre Jahrestagung ab. (RMRB, 2.-19.3.1997)

Dieses „Einheitsfrontorgan“, das noch vor Gründung der VR China ins Leben gerufen worden war, um alle kooperationswilligen Parteien und Gruppen unter der Führung der Kommunistischen Partei zu vereinen, fristet ein Schattendasein unter Chinas politischen Institutionen: Es handelt sich um ein Konsultativorgan, das über keine Beschluß- oder Entscheidungsbefugnisse verfügt, von der Parteipropaganda aber stark herausgestellt wird, um die vorgebliche „Mehrparteienkooperation“ der Kommunistischen Partei mit den acht „Demokratischen Parteien“ und sonstigen Gesellschaftsgruppen zu demonstrieren. (Zur Rolle der „Demokratischen Parteien“ siehe C.a. 1996/12, Ü 5.)

Wichtigste Aufgabe der PKKCV ist es, der Partei- und Staatsführung Vorschläge für politische Maßnahmenprogramme insbesondere in den Bereichen Wirtschafts-, Bildungs-, Kultur-, Gesundheitspolitik sowie - in geringem Umfang - auch in politisch sensibleren Feldern (Rechts- und Verwaltungsreform) zu unterbreiten. Auf der diesjährigen Tagung der PKKCV sollen rund 1.700 der Mitglieder mehr als 2.800 Politikvorschläge an das KPCh-

Zentralkomitee und den Staatsrat eingereicht haben. (Xinhua, 14.3.1998)

Die in diesem Jahr zusammengetretene IX. PKKCV (Mandatszeitraum 1998-2003) ist in 34 Gruppen (*jiebie*) untergliedert, denen die 2.196 Mitglieder (im Zeitraum 1993-1998 waren es nur 2.093) zugeordnet sind. Anders als die Delegationen (*daibiaotuan*) im NVK sind die PKKCV-Gruppen nicht nach regionalen, sondern nach funktionalen Kriterien zusammengesetzt. (RMRB, 3.2.1998)

Mitgliedergruppen werden gestellt von der KPCh, von den acht „Demokratischen Parteien“, von acht Massenorganisationen und Verbänden sowie von gesellschaftlichen Gruppen wie etwa Ökonomen, Bauern oder Künstlern. Die größte Gruppe bilden mit 186 Repräsentanten die Wissenschaftler und Ingenieure. An zweiter Stelle folgt die Gruppe der „gesondert eingeladenen Persönlichkeiten“. Darüber hinaus gehören Vertreter aus Hongkong (115) und Macau (26) zur neu berufenen PKKCV.

Bemerkenswert ist die Verdoppelung der Zahl von Mitgliedern aus dem privaten Wirtschaftssektor, der nun immerhin 40 Repräsentanten stellt. Dies wird ausdrücklich mit der Aufwertung des Privatsektors begründet, die auf dem XV. Parteitag der KPCh im September 1997 vorgenommen und nun auch auf der Jahrestagung des NVK bekräftigt wurde. (RMRB, 2.3.1998)

Es wurden 1.151 neue Mitglieder (52%) in die IX. PKKCV aufgenommen. Das Durchschnittsalter sank um zwei Jahre auf 59,5 Jahre. Das Bildungsniveau ist hoch: 83% der Mitglieder sollen mindestens über einen Oberschulabschluß, 63% sogar über einen Hochschulabschluß verfügen. Insgesamt finden sich – über die verschiedenen PKKCV-Gruppen verteilt – 877 KPCh-Mitglieder. Das entspricht einem Anteil von rund 40%. Im Gegensatz zum NVK, wo die KPCh stets etwas mehr als zwei Drittel der Delegierten stellt, befinden sich die KPCh-Mitglieder in der PKKCV in der Minderheit.

Während der PKKCV-Vorsitzende Li Ruihuan (Mitglied des Ständigen Ausschusses des KP-Politbüros) problemlos im Amt bestätigt wurde (2.025 Ja-Stimmen), kam es bei den Wahlen der Stellvertretenden Vorsitzenden zu einigen Überraschungen. Zur Abstimmung trat nämlich eine Reihe von hochrangigen pensionierten Funktionären an, die in ihren bisher aus-

geübten Staatsämtern nach Ansicht der PKKCV-Mitglieder keine überzeugende Arbeit geleistet hatten.

So mußten der bisherige Präsident des Obersten Volksgerichts, Ren Jianxin, und der bisherige Generalstaatsanwalt Zhang Siqing bei ihrer Wahl zu Stellvertretenden PKKCV-Vorsitzenden jeweils rund dreihundert Gegenstimmen und Enthaltungen hinnehmen. Der unbefriedigende Stand der Verbrechens- und Korruptionsbekämpfung wurde den beiden Kandidaten offenbar persönlich angelastet. Dem bis vor kurzem für beschäftigungspolitische Fragen zuständigen Staatsratskommissar Li Guixian erging es noch schlechter: Angesichts einer steigenden Arbeitslosigkeit verweigerten ihm fast 500 der 2.196 Stimmberechtigten ihre Zustimmung. (SCMP, 14.3.1997)

Die Zahl der Stellvertretenden Vorsitzenden der PKKCV erhöhte sich von 25 auf nun 31. Davon wurden 16 neu gewählt, 15 wurden in ihrem Amt bestätigt. Unter den 31 finden sich 15 Mitglieder der Kommunistischen Partei. Dies bedeutet eine leichte Anhebung des Anteils von Vertretern der Kommunistischen Partei in der PKKCV-Führung. Ansonsten bilden die Stellvertretenden Vorsitzenden eine Mischung aus hochrangigen Regierungskadern (6), Juristen (4), Wissenschaftlern (2) sowie einzelnen Vertretern anderer wichtiger Bevölkerungsgruppen (Unternehmer, Militär etc.). (JB, 1998/4, S.33)

Zum Generalsekretär der PKKCV, der die ständige Arbeit des Organs leitet, wurde mit Zheng Wantong ein leitender Funktionär des Bundes für Industrie und Handel (BIH/*gongshanglian*) berufen. Dies ist ein weiterer Hinweis auf die verbesserte Stellung des privaten Wirtschaftssektors, der durch den BIH in der chinesischen Politik vertreten wird. -hei-

### 17 In gesellschaftlichen Vereinigungen müssen Organe der KPCh errichtet werden

Die ZK-Organisationsabteilung der Kommunistischen Partei Chinas und das Ministerium für zivile Angelegenheiten haben Ende März ein Zirkular verbreitet, mit dem die Errichtung von Parteiorganen in sämtlichen gesellschaftlichen Vereinigungen (*shehui tuanti*) vorgeschrieben wird. (RMRB, 28.3.1998) Mit dem neuen Dokument

wird eine einheitliche Regelung von Parteiaktivitäten im rasch wachsenden Bereich von parastaatlichen und nichtstaatlichen Vereinigungen wie auch eine verbesserte politische Kontrolle über das Verbändewesen angestrebt. (Siehe ausführlich zum chinesischen Verbändewesen C.a. 1997/1, S.51-59.)

Künftig soll in allen ständigen Organen gesellschaftlicher Vereinigungen, in denen sich mehr als drei Parteimitglieder finden, eine Basisorganisation der KPCh (*Dang de jiceng zuzhi*) gegründet werden: bei bis zu 50 Mitgliedern ist eine Parteizelle (*Dang zhibu*) mit Sekretär zu gründen, bei 50 bis 100 Mitgliedern eine Parteihauptzelle (*Dang zongzhibu*) mit eigenem Parteikomitee, bei mehr als 100 Mitgliedern ein Partei-Basiskomitee (*Dang de jiceng weiyuanhui*). Sollten sich in den Exekutivorganen gesellschaftlicher Vereinigungen besonders viele Parteimitglieder finden, dann können auch ständige Arbeitsorgane der Partei mit festem Personal errichtet werden.

Politische Schulung und Aufsicht über die Parteimitglieder sowie die Anwerbung neuer Parteimitglieder gehören zu den expliziten Aufgaben der Parteiorgane. Auch sollen die Parteiorgane die Leitungspersonen der gesellschaftlichen Vereinigungen beaufsichtigen und sicherstellen, daß die politischen Vorgaben der Partei und die staatlichen Gesetze eingehalten werden. -hei-

### 18 Die politische Aufwertung des Privatsektors und der Bund für Industrie und Handel

Jiang Zemin bekräftigte in seiner Parteitagrede im September 1997 den substantiellen Beitrag des nicht-staatlichen Wirtschaftssektors zur Modernisierung Chinas, indem er den Privatsektor zu einem „wichtigen Grundbestandteil“ des chinesischen Wirtschaftssystems aufwertete. Privatunternehmen und privates Kleingewerbe erfahren seitdem eine schrittweise, zögerliche Neubewertung durch die offizielle Regierungspolitik. Großbanken beginnen die Kreditvergabe an Privatunternehmen zu lockern. In den Provinzen Guangdong und Shandong können nun sogar Privatunternehmer als „Modellarbeiter“ ausgezeichnet werden. (Xinhua, 10.3.1998, nach SWB, 12.3.1998.)

Die Tendenz zur Aufwertung des Privatsektors wurde auch auf den Jahrestagungen des Nationalen Volkskongresses (NVK) und der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes (PKKCV) im März deutlich. In beiden Organen finden sich jeweils rund 40 Repräsentanten der Privatwirtschaft, die durch rege Lobby-Aktivitäten von sich reden machten.

In Reden und Eingaben taten sich insbesondere leitende Funktionäre des parastaatlichen Bundes für Industrie und Handel (BIH/*gongshanglian*) als aktive Interessenvertreter der Privatwirtschaft hervor. Die nationale Dachorganisation wie auch regionale Organisationen des BIH profilieren sich zunehmend als wichtigstes Vehikel für die Artikulierung der Interessen von Privatunternehmern. (RMRB, 10.3.1998; SCMP, 12.3.1998; zur Rolle des BIH siehe im Detail Christiane Hellwege, „Staat und Wirtschaftsverbände in der VR China“, C.a. 1997/1, S.51-59, hier S.55-57.)

Im NVK präsentierten aus dem BIH stammende Delegierte eine Vorlage, in der gefordert wird, daß den Privatunternehmen gleiche Rechte wie Unternehmen im öffentlichem Eigentum eingeräumt werden sollen. Ein fairer Wettbewerb unter verschiedenen Unternehmensformen müsse gesichert werden. Nur so könne der private Wirtschaftssektor auch einen maßgeblichen Beitrag zur Abfederung der Reformen im Staatssektor und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze leisten. (Xinhua, 8.3.1998) Die Vorlage, die als Anstoß zur künftigen Gesetzgebungsarbeit des NVK dienen soll, wurde von mehr als einhundert Delegierten (auch aus den Reihen der Kommunistischen Partei Chinas) mit ihrer Unterschrift unterstützt und an die zuständigen NVK-Organe weitergereicht.

Die Interessenvertreter der Privatwirtschaft wiesen in NVK und PKKCV auf den bisher schon beachtlichen Beitrag des Privatsektors zu Wachstum, Beschäftigung und Staatseinnahmen hin (RMRB, 10.3.1998):

- Ende 1997 bestanden 960.000 Privatunternehmen mit 13,5 Mio. Beschäftigten sowie 28,5 Mio. private Kleingewerbebetriebe mit rund 54,4 Mio. Beschäftigten.
- Mit der Schaffung von rund 83 Mio. neuen Arbeitsplätzen hat der Privatsektor schon bisher maßgeblich zur Linderung

der Beschäftigungsproblematik in China beigetragen.

- Das Steueraufkommen im Privatsektor hat sich seit 1986 verzehnfacht und beträgt nun 7% der gesamten Einnahmen an Industrie- und Handelssteuern.
- Die Expansion des Privatsektors wurde weitgehend ohne staatliche Investitionen und Staatsbankkredite erreicht.

Um das noch unvollkommen genutzte Potential im privaten Sektor zu aktivieren, sind nach Auffassung der Repräsentanten des Bundes für Industrie und Handel folgende Maßnahmen erforderlich:

- Durch Verfassungsänderungen und Gesetzesnovellen muß dem nicht-staatlichen Wirtschaftssektor der gleiche rechtliche Status zugesichert werden wie dem öffentlichen Wirtschaftssektor. Die Rechte und Interessen von Privatbetrieben müssen durch Recht und Verwaltung allgemein besser geschützt werden, um Anreize für langfristige unternehmerische Investitionen zu setzen.
- Den Privatunternehmen sollen gleiche Bedingungen im Hinblick auf Kreditzugang, Landnutzungsrechte, Steuerrecht, Unternehmenskäufe und -fusionen sowie Börsengänge eingeräumt werden wie Unternehmen des öffentlichen Sektors.
- Die staatliche Diskriminierung des Privatsektors in einigen Regionen, Städten und ländlichen Gebieten soll endgültig beendet werden. Es muß öffentlich anerkannt werden, daß sich das Qualifikationsprofil der Privatunternehmer in den letzten zehn Jahren beträchtlich verbessert hat und daß alte Vorurteile nicht mehr zutreffen.
- Zuerst soll den Privatunternehmen, dann erst den Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung der gleiche rechtliche und steuerliche Status zuerkannt werden wie den Unternehmen des öffentlichen Sektors.

Die Forderungen der Interessenvertreter des Privatsektors treffen derzeit

auf offenere Ohren im Gesetzgebungsapparat und in der Regierung. Zugestände an den Privatsektor deuteten mehrere Regierungsmitglieder an. Li Peng etwa machte in seinem letzten Rechenschaftsbericht als Ministerpräsident deutlich, daß die Förderung des Privatsektors als festes Element der staatlichen Wirtschaftspolitik anzuerkennen sei. Der scheidende Arbeitsminister Li Boyong wies mit noch stärkeren Worten auf die beschäftigungspolitische Schlüsselrolle des Privatsektor hin: Das bisherige Wirtschaftssystem habe das Potential kleiner und mittlerer Privatbetriebe für die Schaffung neuer Arbeitsplätze „vernachlässigt“. Die Regierung müsse fundamental umdenken und die Privatbetriebe mittels Kredit- und Steuererleichterungen systematisch fördern. (SCMP, 23.2.1998)

Mit Lockerungen der Politik gegenüber dem nicht-staatlichen Wirtschaftssektor ist insbesondere zu rechnen im Hinblick auf die Kreditvergabe der Banken sowie auf Börsengänge der zum Teil hochprofitablen Privatunternehmen. (AWSJ, 12.3.1998) Die politischen Bedenken gegenüber einer expliziten Gleichstellung und formalrechtlichen Aufwertung des Privatsektors sind jedoch offenkundig noch nicht gewichen: Die nach dem letzten Parteitag diskutierten und erwarteten Verfassungsänderungen, die unter anderem dem Privatsektor zugute kommen sollten (siehe C.a. 1997/11, Ü 5), standen nicht auf der Tagesordnung des NVK. Dieses Versäumnis macht deutlich, daß die Privatunternehmer Chinas noch einen weiten Weg bis zur unumstrittenen politischen Anerkennung und wirkungsvollen rechtlichen Absicherung vor sich haben. -hei-

## 19 Kommerzielle Aktivitäten der Armee: Vorstöße zur Eindämmung und Kontrolle

Auch im neuen, vom Nationalen Volkskongreß im März gebilligten Staatshaushalt bilden die Verteidigungsausgaben mit 91 Mrd. Yuan RMB den größten Posten. Die offiziellen Ausgaben für die Volksbefreiungsarmee (VBA) werden damit gegenüber dem Vorjahr um 12,8% steigen. Die Armeeführung erklärte zwar ihre Zustimmung zum neuen Haushalt und kündigte Sparmaßnahmen an, um den wirtschaftlichen Modernisierungsprozeß Chinas von militärischen Kosten zu entlasten. Man

werde die Disziplin in der Armee stärken, um Widerstände gegen umfassende Reorganisationspläne zu zerstreuen. Armeevertreter im NVK beklagten aber trotz der deutlichen Aufstockung des Verteidigungshaushalts und der Äußerungen der VBA-Spitze eine massive Mittelknappheit, die sich negativ auf den Lebensstandard von Armeeingehörigen auswirke. (NZZ, 7./8.3.1998; SCMP, 9.3.1998)

Die politische und militärische Führung Chinas arbeitet derzeit auf eine Neuordnung der Beziehungen zwischen Regierungsorganen und Armeekonzernen hin. Die Reorganisation der Staatlichen Kommission für Wissenschaft, Technologie und Industrie im Verteidigungswesen soll unter anderem einer verbesserten staatlich-zivilen Aufsicht über Armeeunternehmen sowie der gezielten Förderung militärischer Hochtechnologie dienen. (Xinhua, 15.3.1998, nach SWB, 16.3.1998).

Die Kommission wird damit zur zentralen Koordinationsstelle des chinesischen Militärindustriellen-Komplexes, dessen unkontrolliertes Wuchern bisher durch unklare Kompetenzabgrenzungen zwischen staatlichen und militärischen Abteilungen auf den verschiedenen Hierarchieebenen begünstigt wurde. Auch steht die Kommission künftig erstmals unter der Leitung eines Zivilisten. (Siehe den Abschnitt „Gewinner der Reorganisation“ in dem Aufsatz „Die neue chinesische Regierung“ in diesem Heft)

Darüber hinaus wurde im März ein Zirkular der Zentralen Militärkommission bekannt, mit dem nicht nur – wie bisher schon – den Kampfeinheiten der VBA ein ungenehmigtes Engagement in kommerziellen Aktivitäten untersagt wird, sondern auch Versorgungs- und Produktionseinheiten der VBA. Kommerzielle Militärunternehmen sollen ihre Verbindungen zu Armee-Einheiten vollständig kappen. Die Transformation in zivile Unternehmen soll den Regeln folgen, die für die Restrukturierung von Staatsunternehmen (Transfer von Eigentumsrechten, Umwandlung in Kapitalgesellschaften, Unternehmensfusionen, Konkurse etc.) aufgestellt wurden. Mit der Durchführung dieser Maßnahmen ist eine Führungsgruppe für VBA-Unternehmen bei der Hauptabteilung für Logistik betraut. (*Sing Tao Jih Pao*, 2.3.1998, nach SWB, 4.3.1998; SCMP, 11.4.1998)

Vor dem Hintergrund konfliktträchtiger Reorganisationsmaßnahmen in der Armee beförderte Jiang Zemin zur weiteren Festigung seiner personellen Basis und Loyalitätsgruppe in der VBA zehn weitere Offiziere in den Generalsrang. Jiang, der die Beförderungen in seiner Funktion als Vorsitzender der Zentralen Militärkommission vornahm, zeigte sich bei dieser Gelegenheit dem Fernsehpublikum in Armeuniform, um seine Nähe zur VBA zu demonstrieren. (Xinhua, 27.3.1998, nach SWB, 30.3.1998; SCMP, 28.3.1998)

Ob eine wirkungsvolle Beschränkung der kommerziellen und stark korruptionsanfälligen Armeeunternehmen kurzfristig erreicht werden kann, erscheint fraglich. Die Regierungsmaßnahmen zur Straffung der VBA-Wirtschaftsaktivitäten dürften in dem Teil des Offizierskorps, der bislang von der laxen Kontrolle über oft zwielichtige kommerzielle Geschäfte profitierte, auf wenig Gegenliebe stoßen. Die Zurückdrängung von „Offizier-Magnaten“ aus dem chinesischen Wirtschaftsleben wird deshalb weder reibungslos noch rasch vonstatten gehen. In jedem Falle wird die Umsetzung der restriktiven Bestimmungen ein Test für die Autorität der politischen und militärischen Führung Chinas sein. -hei-

---

## Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

---

### 20 Neuer Präsident der Akademie der Sozialwissenschaften

Auf Beschluß des Staatsrats vom 28.2.98 wurde kürzlich Li Tiewing zum neuen Präsidenten der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften bestellt (RMRB, XNA, 6.3.98). Li löst den achtzigjährigen bisherigen Präsidenten Hu Sheng ab, der dieses Amt seit September 1985 innehatte. Hu Sheng war ein orthodox-marxistischer Historiker, von dem kaum Impulse für die anstehende Umwandlung der Akademie von einer bürokratischen Institution in eine moderne, flexible Forschungseinrichtung ausgehen konnten. Es ist

kein Geheimnis, daß sich die Akademie seit Jahren in der Krise befindet, weil der Reformdruck groß, aber schwer zu bewältigen ist. Ein Beispiel ist die Reduzierung des Mitarbeiterstabes; für Geistes- und Sozialwissenschaftler ist es ungleich schwerer als für Naturwissenschaftler und Techniker, im nichtstaatlichen Sektor Arbeit zu finden. Auch sind an der Akademie der Sozialwissenschaften die Entfaltungsmöglichkeiten der Wissenschaftler durch ideologische Zwänge relativ stark eingeschränkt; „korrekte“ politische Ausrichtung spielt hier immer noch eine große Rolle. Die Akademie zählt heute 31 Institute mit rund 4.000 Mitarbeitern, davon 1.500 Wissenschaftler.

Der 62jährige Li Tiewing hat den Nachteil, daß er kein Wissenschaftler ist und somit für die Belange der Forschung, zumal der Geistes- und Sozialwissenschaften, wohl wenig Verständnis aufbringen wird. Sein eigener Hintergrund – er hat Physik studiert – weist ihn als Angehörigen der technokratischen Führungselite aus, die linientreu, doch zugleich auf Effizienz bedacht ist. Als Politbüromitglied und Staatsratkommissar bekleidet er hohe politische Ämter. Von Vorteil für die neue Position könnte sich erweisen, daß er von 1988 bis 1993 Bildungsminister war und er davor und danach auch einige Jahre der Zentralen Kommission für die Reform des Wirtschaftssystems vorstand. Die Erfahrungen, die er in diesen beiden Positionen sammelte, könnten sich für die neue Aufgabe als nützlich erweisen. Es bleibt abzuwarten, inwieweit es Li Tiewing gelingen wird, die Akademie der Sozialwissenschaften aus der Krise herauszuführen und sie in eine einflußreiche, erstklassige Forschungsinstitution zu verwandeln. -st-

### 21 Nur noch befristete Stellen an der Akademie der Wissenschaften

Im Zuge der Personalreform der Akademie der Wissenschaften werden Wissenschaftlerstellen künftig nur noch auf Vertragsbasis, d.h. befristet vergeben. Die Aufgabe der lebenslangen Beschäftigung für wissenschaftliche Mitarbeiter soll dazu beitragen, die Akademie in eine moderne Forschungseinrichtung umzuwandeln, die flexibel und kompetent auf die Herausforderungen der wissenschaftlich-technischen Forschung reagiert. Zugleich soll der Verzicht auf lebenslange